

Österreich

Paul Luif

Innenpolitisch verlief die österreichische Politik relativ ruhig, sieht man ab vom gesundheitlich bedingten Rückzug von Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll am 13. April 2011 aus allen politischen Funktionen. Sein Nachfolger als ÖVP-Obmann und Vizekanzler wurde Außenminister Michael Spindelegger. Wirtschaftlich hat sich Österreich vorerst besser als erwartet von der Wirtschaftskrise erholt, die Arbeitslosigkeit sank.¹ Integrationspolitisch stand vor allem die Euro-Krise im Zentrum der politischen Diskussion.

Verfassungsfragen

Im Nachtrag zur Ratifizierung des Lissabon-Vertrages hat der österreichische Verfassungsgerichtshof einen Antrag von FPÖ-Abgeordneten auf Aufhebung bzw. Nichtigerklärung des Vertrages Mitte 2010 zurückgewiesen. Die Antragsteller beschwerten sich insbesondere über die Nichtdurchführung einer (obligatorischen) Volksabstimmung. Nach Meinung des Verfassungsgerichtshofes legten die Abgeordneten nicht dar, wie durch den Vertrag in ihre Rechtssphäre unmittelbar eingegriffen worden sei. Die Richter wiesen darauf hin, dass das österreichische Bundesverfassungsrecht zwar ein Recht auf Teilnahme an einer angeordneten Volksabstimmung (hier: wegen Gesamtänderung der Bundesverfassung) beinhaltet, nicht aber ein Recht auf Durchführung einer solchen.²

Auf Basis eines Gesetzesvorschlages des Bundesrats beschloss der Nationalrat im Juli 2010 mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit (pro: SPÖ, ÖVP, Grüne und BZÖ; kontra: FPÖ) die Lissabon-Begleitnovelle. Diese brachte verschiedene Änderungen der österreichischen Bundes-Verfassung. So wurden die neuen Instrumente der „Subsidiaritätsrüge“ und der „Subsidiaritätsklage“ in die Verfassung eingefügt. Sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat haben demnach künftig die Möglichkeit, Gesetzgebungsinitiativen der Europäischen Kommission zu beeinspruchen, wenn diese zu sehr in die Rechte Österreichs eingreifen. Für eine solche Subsidiaritätsklage ist in beiden Kammern jeweils die einfache Stimmenmehrheit ausreichend.

Besonders starke Mitwirkungsrechte für das Parlament sind beim Abgang vom Einstimmigkeitserfordernis oder von einem besonderen Gesetzgebungsverfahren in der EU. Das österreichische Regierungsmitglied darf einer diesbezüglichen Initiative nur dann zustimmen, wenn der Nationalrat und der Bundesrat dies ausdrücklich mit Zweidrittelmehrheit genehmigen.³

Die Mitglieder des EU-Unterausschusses des Nationalrats griffen im September 2010 erstmals zum Instrument der Subsidiaritätsrüge, die mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ mehrheitlich beschlossen wurde. Die Kritik betraf die Vorschläge der EU zur

1 Vgl. Arbeitslosigkeit: Stärkster Rückgang seit Krisenbeginn, in: Die Presse, 1.2.2011.

2 Verfassungsgerichtshof, Geschäftszahl SV1/10, Entscheidungsdatum 12.06.2010, RIS-Datenbank http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vfgh&Dokumentnummer=JFT_09899388_10SV0001_00

3 BGBl. I Nr. 57/2010; siehe Parlamentskorrespondenz Nr. 592, 8.7.2010, und Parlament bekommt mehr Mitspracherechte in der EU, in: DiePresse.com, 8.7.2010.

Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für Saisonarbeiter. In Österreich funktioniere die Regelung für die Saisoniers sehr gut, der Bedarf an Arbeitskräften sei stark regional bedingt und könne daher nur im Inland selbst bestimmt werden, argumentierten sowohl Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) als auch Innenministerin Maria Fekter (ÖVP).⁴

Europäisches Parlament und Europapolitik

Turbulenzen gab es bei der „Liste Martin“, die 2009 bei der Wahl zum Europäischen Parlament drei Mandate erhalten hatte. Angelika Werthmann verließ im Juli 2010 die „Liste Martin“ wegen mangelnder Transparenz und Offenheit.⁵ Der Abgeordnete Martin Ehrenhauser erhob im April 2011 schwere Vorwürfe gegen Hans-Peter Martin. So sei der Verbleib von 2,3 Millionen Euro, welche die „Liste Martin“ als Rückerstattung für die Wahlkampfkosten erhalten hatte, zu einem Großteil ungeklärt. Werthmann wie Ehrenhauser verblieben als unabhängige Abgeordnete im Europaparlament. Als einzig verbleibender Abgeordneter löste Hans-Peter Martin seine Liste auf.⁶

Journalisten der „Sunday Times“ hatten 2010 versucht, als Lobbyisten getarnt mehrere Abgeordnete, darunter Ernst Strasser (ÖVP) und einen bulgarischen Sozialdemokraten, zu bestechen. Strasser bestätigte der „Presse“, dass sie ihm 100.000 Euro, Erste-Klasse-Flüge und einen Aufsichtsratsposten angeboten hatten. Strasser leitete die Bitte der Lobbyisten um einen Änderungsantrag zur Haftung von Investmentfirmen an seine Kollegen in den zuständigen Ausschüssen weiter.

Strasser trat am 20. März 2011 als Europaparlamentarier zurück.⁷ Seine Funktion als Delegationsleiter der ÖVP im Europäischen Parlament übernahm Otmar Karas. Gut eine Woche später, am 29. März 2011, erklärte die ÖVP-Abgeordnete Hella Ranner ihren Rücktritt. Nach Medienberichten soll Ranner zur Tilgung ihrer privaten Schulden auch einen Teil des pauschalen Spesenersatzes durch das Europaparlament verwendet haben.⁸ Neu in die ÖVP-Delegation aufgenommen wurden Hubert Pirker, der schon zwischen 2006 und 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments war, sowie der Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes, Heinz Becker.

Das von der Umweltgruppe „Atomstopp Oberösterreich“ initiierte Volksbegehren „Raus aus Euratom“, das am 6. März 2011 abgeschlossen wurde, verfehlte mit 98.698 Unterschriften die für die Behandlung im Parlament notwendige 100.000-Stimmen-Marke. Es erzielte damit das zweitschlechteste Ergebnis unter den 34 Volksbegehren seit 1945.⁹ Das dramatische Erdbeben und der damit einhergehende Tsunami in Japan vom 11. März 2011, welche die Nuklearkatastrophe von Fukushima auslösten, hätten wahrscheinlich ein anderes Ergebnis gebracht. Die Katastrophe bestärkte die Anti-Atom-Politik der österreichischen Bundesregierung.

FPÖ-Bundesparteiohmann Heinz-Christian Strache versuchte die Vernetzung der europäischen Rechtsparteien voranzutreiben. Zu diesem Zweck unterzeichnete er mit dem Vorsitzenden der slowakischen SNS, Tomislav Nikolic, am 15. Juni 2011 ein Abkommen, die Forderungen enthielt wie die „Schaffung eines Europas der freien Nationen und der selbst-

4 Parlamentskorrespondenz Nr. 678 vom 14.09.2010.

5 Oliver Grimm, Hans-Peter Martins Liste zerfällt, in: DiePresse.com, 14.7.2010

6 Martin Fritzl, Hans-Peter Martin verliert letzten Mitstreiter, in: Die Presse, 16.4.2011.

7 Chris Bryant/Joshua Chaffin, MEP resigns over claims of lobbyist payments, in: Financial Times, 21.3.2011.

8 Ranner wies diese Vorwürfe als „absurd“ und „absolut lächerlich“ zurück; Spesen-Affäre: EU-Mandatarin Ranner tritt zurück, in: DiePresse.com, 19.3.2011.

9 Völliger Flop des Anti-Atom-Volksbegehrens, in: Kurier, 8.3.2011.

bestimmten Völker im Rahmen eines Staatenverbundes souveräner Nationalstaaten“ sowie die „Erhaltung der nationalen Identität, der Kultur und Hochsprachen der europäischen Völker unter Wahrung der abendländischen Traditionen des Christentums, des Humanismus und der Aufklärung“.¹⁰

Im neuen Parteiprogramm vom 18. Juni 2011 bekennt sich die FPÖ „zu einem Europa der historisch gewachsenen Völker und autochthonen Volksgruppen“. Sie lehnt „eine künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung entschieden ab“. Europa sei „nicht auf das politische Projekt der Europäischen Union zu reduzieren“.¹¹

Bankgeheimnis

Am 8. Dezember 2010 einigten sich die EU-Finanzminister auf die Amtshilferichtlinie in Steuerangelegenheiten, die schrittweise ab 2013 in Kraft tritt. Österreich pochte darauf, dass Bankeinlagen nicht in den fünf Kategorien enthalten seien, für die der automatische Informationsaustausch gelten soll. Trotz des automatischen Informationsaustauschs könne das Bankgeheimnis die Freigabe von Steuerdaten verhindern. Der litauische EU-Steuerkommissar Algirdas Šemeta meinte hingegen, das Bankgeheimnis werde nicht als Entschuldigung akzeptiert werden, wenn ein Land die Weitergabe relevanter Informationen an die Steuerbehörden eines anderen Staates verweigere.¹²

Die EU-Staaten fanden aber im Streit um den automatischen Informationsaustausch auch im Januar 2011 bei der Tagung einer hochrangigen Arbeitsgruppe keinen Kompromiss. Vertreter Luxemburgs und Österreichs beharrten auf eine interne Klausel, nach der die beiden Länder erst dann von der Quellensteuer zum automatischen Informationsaustausch wechseln müssen, sobald die EU mit der Schweiz und drei weiteren Drittstaaten Abkommen über den Informationsaustausch auf Anfrage (nach OECD-Standards) vereinbart hat. Zudem müsste festgestellt werden, dass sich auch die USA im Sinne der OECD-Standards verhalten. Die Mehrheit der EU-Staaten sprach sich dagegen dafür aus, auf EU-Ebene den automatischen Informationsaustausch für alle umzusetzen, es sei nicht sinnvoll auf einer „externen Konditionalität“ zu beharren.¹³

In bilateralen Verträgen wurde das österreichische Bankgeheimnis dennoch gelockert. So erleichtert das im Januar 2011 verhandelte Revisionsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland den Informationsaustausch. Die Flucht von Deutschen vor dem eigenen Fiskus wird damit erschwert. Die neue Öffnung entspricht dem OECD-Standard für Transparenz und effektiven Informationsaustausch in Steuersachen.¹⁴

Arbeitsmarktöffnung

Am 1. Mai 2011, nach Ablauf der maximalen Übergangszeit, öffnete Österreich seinen Arbeitsmarkt für die 2004 beigetretenen EU-Staaten, nachdem es vorher nur eine sektorale

-
- 10 <http://www.fpoe.at/news/detail/news/fpoe-abkommen-mit-sns/?cHash=d64f68bf3097477bd16409b2a73d8009>; siehe auch Leigh Phillips, Austrian far-right in fresh push for EU respectability, EU-Observer, 1.6.2011.
 - 11 Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Beschlossen vom Bundesparteitag der Freiheitlichen Partei Österreichs am 18. Juni 2011 in Graz, http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2011/2011_graz_parteiprogramm_web.pdf.
 - 12 Steuerdaten: Österreich macht mit, in: Die Presse, 9.12.2010.
 - 13 Kein Kompromiss im EU-Steuerstreit. Luxemburg und Österreich blockieren den automatischen Informationsaustausch, in: NZZ Online, 31.1.2011.
 - 14 Oliver-Christoph Günther, Österreich lüftet Bankgeheimnis für deutschen Fiskus, in: Die Presse, 24.1.2011.

Öffnung zuließ. Auch eine Studie im Auftrag der Gewerkschaft der Privatangestellten sah nun keine wesentlichen Probleme mehr. Die Konkurrenz von Arbeitskräften aus Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn werde nur kurzfristig spürbar sein und am ehesten wenig qualifizierte Arbeitskräfte treffen. Eine deutsche Studie errechnete, dass sich die Wirtschaftsleistung Österreichs durch das neue Potenzial an Arbeitskräften über zehn Jahre um 900 Millionen Euro erhöhen werde. Hätte Österreich bereits vor einigen Jahren seinen Arbeitsmarkt geöffnet, wäre der Effekt deutlich größer gewesen.¹⁵ Mit dem neuen Anti-Sozialdumping-Gesetz wird zusätzlich verhindert, dass Billiganbieter österreichische Kollektivverträge und damit Sozialstandards unterlaufen. Betroffen sind alle ausländischen Arbeitskräfte, in erster Linie jene aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Wenn beispielsweise ein slowakischer Tischler in Wien Kästen einbauen will, muss er das zu österreichischen Bedingungen tun, andernfalls drohen Geldstrafen von bis zu 20.000 Euro je Mitarbeiter.¹⁶

Öffentliche Meinung zu Euro und Griechenland

In einer OGM-Umfrage, veröffentlicht im Kurier anfangs Juni 2011, sprach sich zwar eine klare Mehrheit von 59 Prozent für den Euro aus. Jedoch bevorzugten 32 Prozent den alten Schilling, darunter 55 Prozent der FPÖ-Anhänger; hingegen waren 83 Prozent der Grün-Anhänger für den Euro. Nur 45 Prozent der Österreicher mit Pflichtschulbildung wollen beim Euro bleiben; 41 Prozent wollen wieder den Schilling. Personen mit Matura bzw. Hochschulabschluss stehen hingegen zu 75 Prozent zum Euro, nur 20 Prozent sind gegen ihn.¹⁷

Die relative starke Sehnsucht nach dem Schilling hing mit der Griechenland-Problematik zusammen. Eine Meinungsumfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik vom Juni 2011 brachte hier ein differenziertes Ergebnis. So sprachen sich 60 Prozent der Befragten dafür aus, Griechenland nicht „hängen zu lassen.“ Begründet wurde dies u.a. damit, dass es „noch viel schlimmere Folgen für uns hätte, wenn Griechenland Bankrott gehen würde“ (58 Prozent stimmten dieser Aussage zu). 55 Prozent fürchteten, dass der Euro durch die Schuldenkrise in Portugal, Griechenland und Irland in Gefahr sei. 38 Prozent waren nicht dieser Meinung. 47 Prozent der Befragten gaben an, „sehr großes bzw. großes Vertrauen“ in den Euro zu haben. 18 Prozent hatten „sehr geringes bzw. gar kein Vertrauen“.¹⁸

Weiterführende Literatur

Thomas Eilmansberger/Stefan Griller/Walter Obwexer (Hrsg.), Rechtsfragen der Implementierung des Vertrags von Lissabon, Springer, Wien-New York 2011.

Walter Feichtinger/Carmen Gebhard (Hrsg.), Sicherheit – EUropäische Potenziale: Herausforderungen – Ansätze – Instrumente, Böhlau, Wien 2010.

Waldemar Hummer (Hrsg.), Neueste Entwicklungen im Zusammenspiel von Europarecht und nationalem Recht der Mitgliedstaaten. Ein Handbuch für Theorie und Praxis, Springer, Wien-New York 2010.

Paul Luif, Austria and Central Europe, in: Perspectives. Review of International Affairs, 18. Jg., 2/2010, S. 95-109.

Florian Trauner, The Europeanisation of the Western Balkans. EU justice and home affairs in Croatia and Macedonia, Manchester-New York: Manchester University Press, 2011.

15 Wolfgang Böhm/Julia Kern, Späte Arbeitsmarktöffnung war ökonomischer Fehler, in: Die Presse, 30.4.2011.

16 Franz Schellhorn, SuperMarkt: Fairness made in Austria, in: Die Presse, 3.4.2011.

17 Karin Leitner, Jeder Dritte will den Schilling zurückhaben, in: Kurier, 4.6.2011.

18 Telefonumfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) im Auftrag der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, befragt wurden österreichweit 621 Personen; <http://www.oegfe.at/>.